

Washington News

Nr. 24 vom 20. Juni 2019

- **Diese Woche in Washington**
- USTR bei Anhörungen im Kongress
- Gesundheits- und Verbraucherdatenschutz im Fokus
- Fortschritt bei bilateralen Steuerabkommen
- US-Förderpolitik für Energieeffizienz in Gebäuden hat viele Ebenen
- Anhörungen zu möglichen Section 301-Zöllen
- Mögliche Gründung eines nationalen Instituts für verarbeitendes Gewerbe
- Kelly Craft als neue UN-Botschafterin

Diese Woche in Washington

Mit dem Slogan „*Keep America Great*“ hat Präsident Trump am Dienstag seine Wiederwahlkampagne in Orlando, Florida offiziell gestartet. Er unterstrich in seiner Rede die wirtschaftspolitischen Erfolge seiner Administration, vor allem die starken Wirtschaftszahlen, die erfolgte Steuerreform sowie die Deregulierungsagenda. Er sparte auch die kontroversen Themen der Grenzsicherung und der Mueller-Sonderermittlung nicht aus. Gleichzeitig läuft die Suche der demokratischen Partei nach einem Gegenkandidaten für den Präsidentschaftswahlkampf. Dafür wird am 26. und 27. Juni die erste parteiinterne Debatte mit 20 demokratischen Kandidatinnen und Kandidaten in Miami, Florida durchgeführt. Der ehemalige US-Vizepräsident Joe Biden (D-DE) führt fast alle [Umfragen an](#), gefolgt von Senator Bernie Sanders (I-VT) und Senatorin Elizabeth Warren (D-MA).

Die US-Umweltschutzbehörde (EPA) hat den *Clean Power Plan* (CPP) der Obama-Administration durch die [Affordable Clean Energy Rule \(ACE\)](#) ersetzt. Ziel des CPP war es, die CO₂-Emissionen von Kraftwerken bis 2030 um mehr als ein Drittel im Vergleich zum Niveau von 2005 zu reduzieren. Sie war aber aufgrund eines Rechtsstreits nie in Kraft getreten. ACE würde den einzelnen US-Bundesstaaten breite Befugnisse gewähren, die CO₂-Emissionen von Kraftwerken zu regulieren. Das Inkrafttreten der ACE könnte sich voraussichtlich verzögern, da mehrere US-Bundesstaaten und Umweltschutzgruppen planen, Klage einzureichen.

Der mexikanische Senat hat den geplanten NAFTA-Nachfolger USMCA mit einer großen Mehrheit (114-4) ratifiziert. Der Mehrheitsführer des mexikanischen Senats, Ricardo Monreal Ávila, begrüßte die erfolgreiche Abstimmung, da das USMCA zur wirtschaftlichen und fiskalen Stabilität Mexikos beitragen würde. Mit dieser erfolgreichen Abstimmung ist Mexiko das erste der drei Länder, das das

Kurzmeldungen

Anhörungen zu möglichen Section 301-Zöllen

Der USTR führt vom 17. Juni bis zum 25. Juni öffentliche [Anhörungen](#) mit mehreren hundert Unternehmen und Organisationen zu den möglichen Section 301-Zöllen von bis zu 25% auf chinesische Importe i.H.v. 300 Milliarden US\$ durch.

Der Teilnehmerkreis der Anhörungen reicht von Vertretern der Technologiebranche, über den Einzelhandel bis zu Lebensmittel- und Kleidungsindustrie. Deutliche Kritik kam bereits von Vertretern der [Semiconductor Industry Association](#) und [führender US-Technologie-unternehmen](#). Sie machten deutlich, dass die möglichen Zölle

USMCA ratifiziert hat. Der kanadische Premierminister Justin Trudeau reiste am Donnerstag nach Washington, um sich mit Präsident Trump und führenden Demokraten und Republikanern im Kongress über das USMCA auszutauschen. (ch)

USTR bei Anhörungen im Kongress

Der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer hat am [Dienstag](#) und [Mittwoch](#) zwei Anhörungen zur handelspolitischen Agenda der Administration für 2019 beim *Senate Finance Committee* und dem *House Ways and Means Committee* wahrgenommen. Die Fragen der Senatoren und Abgeordneten zielten im Wesentlichen auf die Ratifizierung des USMCA sowie das handelspolitische Vorgehen der Administration mit Bezug auf China ab. Lighthizer nehme die Sorgen der Demokraten bezüglich der Stärkung des mexikanischen Arbeitsrechts ernst und betonte gleichzeitig, dass das Abkommen bereits ausführliche Vorschriften zur Durchsetzung der Arbeitsrechte vorsehe. Ihm sei es wichtig, die Fragen durch enge Beratungen mit den Demokraten zu klären, bevor das Abkommen zur Abstimmung dem Kongress vorgelegt werde.

Die Sprecherin des Repräsentantenhauses Nancy Pelosi (D-CA) machte indes bei einer separaten Veranstaltung deutlich, dass die Frage der Durchsetzungsmöglichkeit der Vorschriften für die Demokraten immer noch der übergreifende Kritikpunkt an dem gegenwärtigen USMCA sei. Die Senatoren Ron Wyden (D-OR) und Sherrod Brown (D-OH) hatten bereits vorgeschlagen, die Zollpräferenzbehandlung Mexikos oder die Importe der betreffenden mexikanischen Werke einzuschränken, sollten die Arbeitsmarktvorschriften des USMCA nicht eingehalten werden. Lighthizer gab indes bekannt, dass er bei der Überprüfung der Einhaltung der Arbeitsmarktvorschriften auch auf die Unterstützung der US-Gewerkschaften baue.

Die möglichen neuen US-Zölle auf chinesische Importe wurden von einigen Ausschussmitgliedern kritisiert. Lighthizer räumte gewisse negative Auswirkungen auf die US-Wirtschaft durch Zölle in beiden Ländern ein und betonte, dass diese Maßnahmen notwendig seien, um Chinas Verhalten langfristig zu verändern. Die Entscheidung zur Einführung der Zölle durch den Präsidenten hänge im Wesentlichen vom Fortschritt der Verhandlungen in den nächsten Wochen ab. (kw)

Gesundheits- und Verbraucherdatenschutz im Fokus

Die US-Senatorinnen Amy Klobuchar (D-MN) und Lisa Murkowski (R-AK) haben einen Gesetzentwurf zum Schutz persönlicher Gesundheitsdaten bei der Verwendung von Fitness-Apps, Trackern und persönlichen DNA-Tests [eingebracht](#). Der *Protecting Personal Health Data Act* würde den US-Gesundheitsminister dazu auffordern, neue Daten- und Verbraucherschutz-Regulierungen auf diesem Gebiet zu erarbeiten. Ebenso soll es Verbrauchern ermöglicht werden, ihre gespeicherten persönlichen Daten zu überprüfen, zu

neben den US-Konsumenten auch der Wettbewerbsfähigkeit der US-Tech-Industrie schaden würden. Rund 2.700 Kommentare zu den Zöllen wurden eingereicht. (kw)

Mögliche Gründung eines nationalen Instituts für verarbeitendes Gewerbe

Nach Angaben des [Government Accountability Office \(GAO\)](#) gibt es in den USA 58 unterschiedliche Programme zur Förderung des verarbeitenden Gewerbes in 11 verschiedenen US-Behörden. Laut [Senator Gary Peters \(D-MI\)](#) erschwere dieser dezentrale Ansatz die Zusammenarbeit der Programme, was eine koordinierte Förderung der inländischen Industrie nicht durchgehend gewährleisten könne. Deswegen hat er die Gründung eines unabhängigen nationalen Instituts für verarbeitendes Gewerbe vorgeschlagen, das Initiativen zur Entwicklung einer nationalen Strategie leiten würde. Thematisch würde sich das Institut unter anderem auf Technologieentwicklung, Ausbildung von Arbeitskräften sowie die Bedürfnisse kleiner und mittlerer Unternehmen konzentrieren. Peters zufolge würde er einen Gesetzentwurf in den kommenden Monaten

ändern und gegebenenfalls zu löschen. Eine geplante *National Task Force on Health Data Protection* soll Informationen zu Cybersicherheitsrisiken und Datenschutzbedenken in Bezug auf Gesundheitsdaten analysieren und den Regulierungsprozess betreuen.

In einem [Statement](#) äußerte Senatorin Klobuchar, die sich auch um die Nominierung als demokratische Präsidentschaftskandidatin bewirbt, dass die Überwachung der eigenen Gesundheit durch neue Technologien zwar einfacher geworden sei, allerdings hätten Unternehmen auch unkontrolliert Zugang auf persönliche, private Daten. Auch Senatorin Murkowski forderte in einer [Pressemitteilung](#), dass die Geheimhaltung und Sicherheit von gesundheitlichen Daten eine Priorität sein müsse. Der Gesetzentwurf wird von dem Verbraucherportal *Consumer Reports* unterstützt.

Die Gesetzesvorlage wird vor dem Hintergrund diverser US-Medien-Berichte eingeführt, wonach verschiedene Apps vertrauliche Gesundheitsdaten mit Technologiekonzernen geteilt haben sollen oder diese an Arbeitsgeber der Verbraucher weiterverkauften. (vm)

Fortschritt bei bilateralen Steuerabkommen

Der Senat hat seine Bereitschaft signalisiert, nach langjähriger Verzögerung die Ratifizierung von sieben bilateralen Steuerabkommen voranzubringen. Hierbei handelt es sich um drei bereits verhandelte, aber noch nicht ratifizierte Abkommen mit Chile, Polen und Ungarn sowie um Aktualisierungsprotokolle von vier schon bestehenden Abkommen mit Japan, Luxemburg, der Schweiz und Spanien. Steuerabkommen wurden bisher regelmäßig ratifiziert, um den bilateralen Handel zu erleichtern und Doppelbesteuerung zu vermeiden. Es war dem Senator Rand Paul (R-KY) seit seinem Amtseintritt im Jahr 2011 durch eine prozedurale Taktik gelungen, Abstimmungen über alle Steuerabkommen im Plenum des Senats zu verhindern. Er begründete dies damit, dass er den Schutz der Daten der US-Steuerzahler durch diese Abkommen gefährdet sehe.

In den vergangenen Monaten ist das Interesse an der Ratifizierung der Steuerabkommen gestiegen. Eine Koalition von Unternehmen und Industrieverbänden hob in einem [Brief](#) an den Senat die Bedeutung bilateralen Steuerabkommen für das Wirtschaftswachstum der USA sowie für die US-Handels- und Steuerpolitik hervor. Gleichzeitig hat das US-Finanzministerium die Abkommen mit Chile, Polen und Ungarn unter Vorbehalt aktualisiert, um zu erklären, wie die USA die Abkommen angesichts der BEAT-Vorschriften aus der jüngsten Steuerreform auszulegen gedenken. Diese Woche teilte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Senats Jim Risch (R-ID) mit, dass der Ausschuss die Steuerabkommen zügig genehmigen wollen würde. Ohne weitere Details zu nennen, zeigte sich Risch optimistisch, dass eine Lösung für die Bedenken von Senator Paul gefunden worden sei. (ch)

US-Förderpolitik für Energieeffizienz in Gebäuden hat viele Ebenen

in den Senat einbringen, nachdem er Feedback von Unternehmen und Stakeholdern erhalten hat. (ch)

Kelly Craft als neue UN-Botschafterin

Die designierte UN-Botschafterin der Trump-Administration, Kelly Knight Craft wurde am 19. Juni in einer Anhörung im Auswärtigen Ausschuss des US-Senats befragt. Die bisherige Botschafterin der USA in Kanada beantwortete Fragen bezüglich der internationalen Sicherheit sowie zu den Herausforderungen des Klimawandels. Dabei gab sie an, dass sie den Klimawandel durch menschliches Verhalten beeinflusst sieht.

In ihrem einleitenden [Statement](#), betonte Craft den von den USA geforderten Reformprozess der UNO als eine ihrer Prioritäten für das Amt, sowie eine größere Lastenverteilung zwischen UN-Mitgliedern in Bezug auf die Finanzierung der humanitären Hilfe. Senator Bob Menendez (D-NJ) kritisierte indes Crafts geringe Anwesenheit als Botschafterin in Ottawa.

Die Bestätigung der Nominierung Crafts durch den republikanisch kontrollierten Senat gilt als wahrscheinlich. (vm)

Die Förderpolitiken für Energieeffizienz in den USA finden sich vor allem auf Ebene der Bundesstaaten. Aber auch die Zentralregierung gibt Regeln vor.

Die staatliche Energieeffizienzpolitik der USA ist vertikal und horizontal ausgerichtet. Die vertikale Struktur nimmt im Department of Energy (DOE), als dem zuständigen obersten Ressort innerhalb der US-Regierung, ihren Anfang. Sie zieht sich weiter über die nachgeordnete Environmental Protection Agency (EPA), geht in die jeweilige Regulierungskompetenz der 50 Bundesstaaten über und endet letztendlich bei den lokalen Selbstverwaltungen. Jede dieser Verwaltungsebenen fällt eigenständige Beschlüsse, stellt eigene Förderkriterien auf und gewährt entsprechende Unterstützungen. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)



Audi



Lufthansa



EVONIK
POWER TO CREATE

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Daniel Andrich

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com

